

## Kommunale Solidarität für inhaftierte Opposition in der Türkei

### Warum werden kommunale Paten und Partnerschaften benötigt?

In der Türkei werden derzeit Demokratie und Meinungsfreiheit massiv beschnitten und Journalist\*innen und Oppositionspolitiker\*innen inhaftiert. Nicht nur Parlamentarier\*innen sind betroffen, auch zahlreiche demokratische gewählte Kommunalpolitiker\*innen. 100 Bürgermeister\*innen wurden ihrer Ämter enthoben, mehr als 60 von ihnen wurden inhaftiert, so unter anderem die Oberbürgermeisterin der 1,6-Millionen-Metropole Diyarbakir Gültan Kisanak. Die betroffenen Städte stehen unter **Zwangsverwaltung**, das heißt, dass zum Beispiel Kulturvereine geschlossen werden und die Finanzierung von Fraueneinrichtungen eingestellt wird, dass Mitarbeiter\*innen, die unter dem Verdacht stehen mit der HDP zu sympathisieren, entlassen oder Ladenbesitzer mit Bußgeldern unter Druck gesetzt werden sowie vieles mehr. Das Regime unter Erdogan greift auf allen Ebenen durch. Auf der kommunalen Ebene macht sich dieses sehr deutlich bemerkbar, da **Kommunalpolitiker\*innen** und Bürgermeister\*innen vor Ort direkte Ansprechpartner\*innen, aktive Mitglieder in Vereinen oder Initiator\*innen von lokalen bürgerschaftlichen Projekten sind.

Im Bundestag gibt es bereits parteiübergreifend ein Patenschaftsprogramm für Parlamentarier\*innen. Doch auch auf der kommunalen Ebene sind Partnerschaften als Zeichen der **Solidarität** gerade jetzt dringend nötig. Bürgermeister\*innen und Kommunalpolitiker\*innen braucht es in jedem Land, um die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinde zu erledigen und eine öffentliche funktionierende Infrastruktur zu gewährleisten. Daher sollten wir uns mit den in ihrer Arbeit eingeschränkten oder verhafteten Akteur\*innen auf kommunaler Ebene solidarisch zeigen.

In welcher Form dieses möglich ist, ob zum Beispiel durch einen **Brief** von Bürgermeister\*in zu Bürgermeister\*in als symbolische Geste, durch die Verabschiedung einer **Resolution** oder einer schriftlichen **Solidaritätsbekundung**, durch konkrete **Forderungen** oder **Anprangerungen** von Missständen oder durch das Initiieren von gezielten **Projekten**, ist von unterschiedlichen Faktoren abhängig. Die folgenden Hinweise sollen einen kleinen Überblick über die Möglichkeiten internationaler Kommunalpatenschaften geben.

Wer glaubt, dass plötzliche und massive Einschränkungen der Demokratie, wie derzeit in der Türkei, nicht auch **Auswirkungen auf unsere Kommunen** haben, der oder die irrt. Jeder **Messestandort** muss sich nach Auswirkungen auf die Geschäftsbeziehungen mit der Türkei fragen. Auch die Frage nach der **Sicherheit** für die jeweilige Kommune bei Auftritten ausländischer Politiker\*innen ist aktueller denn je. Kommunen hierzulande müssen sich außerdem mit den Themen beschäftigen, wenn **Sakralbauten** für demokratiefeindliche Agitation genutzt werden, **Demonstrationen** zwischen ausländischen politischen Gegner\*innen nicht friedlich bleiben oder öffentliche oder private Einrichtungen zum **Anschlagsziel** ausländischer Konflikte werden. Eine kommunale Partnerschaft kann hier für **Entspannung** und **Verständnis** sorgen und deutlich machen, dass **Minderheiten- und Oppositionsrechte** überall auf der Welt ein demokratisches Gut sind.

### Warum kommunale Partnerschaften auch eine Symbolwirkung haben

Die Entwicklungsgeschichte von internationalen Partnerschaften zwischen Kommunen hat vielfach belegt, dass sie auf unterschiedliche Weise und substantiell zum gegenseitigen **Verständnis** der Menschen, ihrer Kulturen und Probleme und damit zu einem friedlichen **Zusammenleben** ihrer der Völker beigetragen haben. Dafür stehen solche Partnerschaften, wie die zwischen Dresden und Coventry, Hannover und Hiroshima, Berlin und Moskau oder auch Pforzheim und Guernica – nur um einzelne Beispiele zu nennen. In den Zeiten des Kalten

Krieges haben Städtepartnerschaften Kontakte zwischen den Menschen ermöglicht, die – ohne im Widerspruch zu staatlicher Politik zu sein – aber über diese hinausging und somit z.B. **Entspannungspolitik** auf ihre Weise voranbrachte. Nicht ohne Grund spricht man von „**kommunaler Außenpolitik**“. Diese Partnerschaften sind ein in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit wahrnehmbares Zeichen der Zusammengehörigkeit und der Solidarität. Sie auch in komplizierten Zeiten öffentlich erkennbar einander beistehen und unterstützen – genau darum geht es auch bei der Herstellung kommunale Partnerschaften zwischen deutschen Städten und Gemeinden und beispielsweise der Türkei. Wir wollen Zeichen setzen, dass wir Menschenrechte und **Grundsätze der Demokratie** auch im Kontakt mit anderen Kommunen vertreten und verteidigen – insbesondere da, wo sie durch Amtsenthebungen gewählter Amtsträger\*innen und Verhaftungen verletzt sind.

Die Formen dieser Symbolik können vielfältig sein. Das können die oben bereits genannten Briefe von Bürgermeister\*in zu Bürgermeister\*in sein. Das kann die Anmeldung der **Teilnahme an Gerichtsverhandlungen** gegen Bürgermeisterkolleg\*innen bei Behörden sein oder die Bereitschaft, Inhaftierte im **Gefängnis** zu besuchen, sein. Oder es können unterschiedliche, den konkreten Bedingungen angepasste Projekte sein. Wichtig und hilfreich ist, dass sie wahrnehmbar sind und notfalls auch außerhalb der „politischen Großwetterlage“ funktionieren. Die symbolische Wirkung für die in ihren Rechten beschnittenen Kommunalpolitiker\*innen und Bürgermeister\*innen sowie die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit kann helfen.

## Welche Projekte können Anregungen geben

Ist der politische Wille vorhanden, können städtische Projektpartnerschaften in vielfältiger Richtung ausgestaltet werden. Ob in den Bereichen Kultur, Stadtentwicklung, Umwelt, Wirtschaft oder Jugend, dem miteinander arbeiten und voneinander lernen sind thematisch **keine Grenzen** gesetzt. Gibt es bisher keine Anknüpfungspunkte an bereits bestehende Projekte oder Partnerschaften, können sich interessierte Kommunen, Fraktionen, haupt- oder ehrenamtliche Politiker\*innen zur Koordinierung einer Zusammenarbeit mit z.B. den inhaftierten kurdischen Kommunalpolitiker\*innen und Bürgermeister\*innen an den Berliner Verein „Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.“ (<http://civaka-azad.org>) wenden.

Der Verein steht in engem Kontakt mit HDP (Halkların Demokratik Partisi, Linke prokurdische, gesamt türkische „Demokratische Partei der Völker“,) und DBP (Demokratik Bölgeleer Partisi, Demokratische Partei der Regionen; gegründet 2014; arbeitet zusammen mit HDP und setzt in derzeit 106 Gemeinden Kurdistans das kommunale Demokratiesystem). Er weiß in welchen Städten und Kommunen Unterstützung gerade am dringendsten gebraucht wird und kann v.a. über die Schwierigkeiten vor Ort Auskunft geben. Denn durch die Zwangsverwaltung in vielen türkischen Städten und Kommunen sind die Möglichkeiten klassischer Städtepartnerschaften derzeit stark begrenzt. Civaka Azad empfiehlt daher Patenschaften und Solidaritätsbekundungen von Bürgermeister\*innen zu inhaftierten Bürgermeister\*innen. Solche Patenschaften können auch dergestalt ausfallen, dass **Gespräche/Termine** stellvertretend für die Inhaftierten übernommen werden. Weiterhin können deutsche Amtsträger\*innen als **Prozessbeobachter\*innen** vor Ort in der Türkei fungieren.

Um solche Bürgermeister\*innen-Patenschaften zu forcieren wurde von Civaka Azad vor kurzem ein Aufruf an Bürgermeister\*innen in 25 großen deutschen Städten versandt. Weitere sollen folgen. Darüber hinaus ist es natürlich möglich, Anfragen und Resolutionen zur Unterstützung türkischer Kommunen in die Kommunalvertretungen einzubringen. Hier zwei Beispiele, wie diese aussehen können [aus Oberhausen](#) und [aus Celle](#).

Und schließlich kann Civaka Azad Kommunalpolitiker\*innen und Fraktionen hierzulande auch bei der Vermittlung von Gesprächspartner\*innen aus HDP und DBP behilflich sein. So ist z.B. der Vorsitzende der DBP derzeit auf **Europatour** und steht innerhalb der nächsten Wochen gern für Gesprächsrunden und einen direkten Austausch zur Verfügung.

## Was ist bei internationalen Partnerschaften vor Ort zu beachten

Partnerschaften zwischen zwei Kommunen werden von deutscher Seite aus meist nur geschlossen, wenn es einen „**kommunalen**“ oder „**gesamtgesellschaftlich konsensualen**“ **Bezug** zwischen den jeweiligen Kommunen gibt. Da Frieden, Aussöhnung, Völkerverständigung oder humanitäre Gründe leider nicht immer für eine Mehrheit zu einem Beschluss zu einer internationalen Partnerschaft in der kommunalen Vertretung reichen, sollten **lokale Bezugspunkte** gesucht und neben den allgemein bekannten (z.B. Sprache, Gesundheit, Klima), auch mögliche zusätzliche strukturelle und **örtliche Besonderheiten** (z.B. Sicherheit, Ein- und Ausreisebestimmungen, Ernährungssituation, Religion) mitgedacht werden.

► Auf der Internetseite des Auswertigen Amtes kann sich z.B. über aktuelle oder allgemeine regionale Spezifika informiert werden.

Häufig ist die **Vereinsstruktur** in der jeweiligen (ausländischen) Partnerkommune schwächer ausgebildet und weniger formal als in Deutschland. Dies kann entscheidend sein, da die Partnerschaft auf beiden Seiten meist nur unter Einbeziehung von Vereinen oder der lokalen Bevölkerung nachhaltig ist. In einigen Ländern werden Bürgermeister\*innen für wesentlich **kürzere Wahlperioden** als in Deutschland gewählt (z.B. Großbritannien) oder haben **stärkeren Einfluss** auf die Zivilgesellschaft und entscheiden damit direkt oder indirekt, ob es zu einer kommunalen Partnerschaft kommt.

## Fünf Beispiele für lokale Bezugspunkte und projektbezogene Zusammenarbeit:

- leidet die Partnerkommune besonders unter dem **Klimawandel**, dann könnte z.B. ein projektbezogener Austausch zur Reduzierung von Treibhausgas initiiert oder ein lokales Klimaticket geschaffen werden
  - die kommunale Partnerschaft Aachen-Kapstadt könnte dafür Vorbild sein
- hat der örtliche **Zoologische Garten** Probleme bei der Behandlung oder Züchtung von ausländischen Tieren, dann kann sicher eine Partnerkommune im Herkunftsland des jeweiligen Tieres helfen
  - die kommunale Partnerschaft Leipzig-Addis Abeba bietet hierfür ein Beispiel
- gibt es in der Partnerkommune eine schlechte **Trinkwasserversorgung**, dann könnte deutsches know-how helfen, wenn es vor Ort z.B. eine Unternehmen und ein Forschungsinstitut aus dem Bereich gibt
  - die kommunale Partnerschaft Dortmund-Bondo könnte Vorbild sein
- gibt es an einer deutschen Schule Probleme mit **Rechtsextremismus**, dann kann eine kommunale Partnerschaft mit einer ausländischen Schule helfen, Vorurteile abzubauen, den interkulturellen Austausch zu fördern und den Blick über den Tellerrand und in die Partnerkommune schärfen
  - die kommunale Partnerschaft Köln-Pretoria gibt dafür Anregungen
- gibt es in der Partnerkommune Probleme mit der **Mülltrennung** und **Müllentsorgung**, dann könnte das Müllentsorgungsunternehmen einer Kommune in Deutschland mit Vorschlägen helfen
  - die kommunale Partnerschaft Hamburg-Dar es Salaam gibt dafür Anregungen
- gibt es in der Partnerkommune keine ausgereiften **Verwaltungsstrukturen** oder schlechte **Kommunikationsmöglichkeiten**, dann können die örtliche Verwaltung hierzulande und Unternehmen vor Ort sicher Anregungen zur Verbesserung geben
  - die „Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH“ ist hier ein Ansprechpartner

## Wie können internationale Kommunalpartnerschaften finanziert werden

Internationale und nationale Partnerschaften zwischen Kommunen gehören zu den **freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben** einer Kommune. Je nachdem, wie sehr eine Kommune an einer kommunalen Partnerschaft interessiert und wie gut eine Kommune finanziell aufgestellt ist, können entsprechend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und die Partnerschaft mit Leben erfüllt werden. -> Beim Aufbau von kommunalen Partnerschaft kann je nach Partnerkommune z.B. die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) helfen.

Kommunen können über Partnerschaftsvereine jährlich direkt eine Pauschale über die **Vereinsförderung** zur Verfügung stellen. Träger von Partnerschaften können aber auch Sport-, Gesangs-, Feuerwehrförder- oder Schulfördervereine sein, die neben ihrer eigentlichen Tätigkeit jährlich zusätzlich **projektbezogene Gelder** für Partnerschaftsprojekte von den Kommunen zur Verfügung gestellt bekommen. Geld könnte auch über eine **eigene Haushaltsstelle** zur Verfügung gestellt werden, die bei Bedarf über den Nachtragshaushalt erhöht werden kann. In einigen Kommunen werden durch den sog. „**Bürgermeisterhaushalt**“ Ausgaben für kommunale Partnerschaften gedeckt. -> Erfahrungen zeigen, dass zwischen 1.000 und 2.000 Euro jährlich für die Aufrechterhaltung einer Partnerschaft ausreichen und dann projektbezogen (z.B. bei Reise- und ggf. Dolmetscherkosten) aufgestockt werden müssen.

Die Einbindung von Ehrenamtlichen ist zu empfehlen, da ohne **persönliches Engagement** Partnerschaften zwischen Kommunen nicht mit der nötigen Leidenschaft zwischen den Akteuren\*innen zu führen sind. Ehrenamtliche und die örtliche Verwaltung können auf unterschiedlichen Wegen **Spender\*innen und Sponsoren\*innen** für eine Partnerschaft finden. Sei es Privatspender\*innen oder Unternehmensspenden. Bei Partnerschaftsreisen sollten die Reisetilnehmer\*innen durch einen **Teilnehmerbeitrag** zum Gelingen der Partnerschaft beitragen. Dieser sollte sozial gestaffelt sein. Zusätzlich sollte es in der örtlichen Verwaltung eine/n Mitarbeiter/in geben, die/der nicht nur für die Partnerkommune, sondern auch für die ehrenamtlich Tätigen **Ansprechpartner/in** ist. -> In durchschnittlich 78% aller Kommunen in NRW sind Mitarbeiter\*innen in der Kommunalverwaltung für die Betreuung von Städtepartnerschaften zuständig.

Im Falle einer **angespannten Haushaltslage** müssen freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben in der Regel als erste von der jeweiligen Kommune reduziert und auf ein bestimmtes Minimum begrenzt werden. Um dennoch Partnerschaften zwischen Kommunen aufrechterhalten zu können, sollten sich Kommunen um projektbezogene **Drittmittel** zur Initiierung und Aufrechterhaltung von Partnerschaften mit anderen Kommunen bemühen. Drittmittel können z. B. über verschiedene **Fördertöpfe** der EU, des Bundes oder der Länder beantragt werden. Außerdem gibt es regelmäßig **Programme**, durch die eine kommunale Partnerschaft unterstützt werden kann. „Jugend in Aktion“, ERASMUS oder MEDIA sind Beispiele dafür. -> Mögliche Förderprogramme können unter [www.foerderdatenbank.de](http://www.foerderdatenbank.de) gefunden werden.

Förderer finden sich oftmals aber auch direkt vor Ort und können in die kommunalen Partnerschaften mit eingebunden werden. So gibt es lokale **Stiftungen** oder Landesstiftungen, die projektbezogene Partnerschaften mit Geld unterstützen. Auch **Lottomittel** der Länder können für kommunale Partnerschaftsprojekte beantragt werden.

Quellen:

- „Von Städtepartnerschaften zu kommunalen Netzwerken – Kommunale Vernetzung als Motor bürgerschaftlichen Engagements in einer europäischen Öffentlichkeit“, Abschlussbericht eines Projektes vom Juni 2010 in NRW.
- „Leitfaden für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ des Deutschen Städtetages, Berlin: 2011.
- „Städte Partnerschaften – Entwickeln-Leben-Ausbauen-Finanzieren“, herausgegeben vom Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW und des Chefs der Staatskanzlei NRW, Düsseldorf: 2016.